



Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.:	VO/0498/2009	TOP
	Status:	öffentlich	
	Datum:	21.07.2009	
	Eingang:	21.07.2009	
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Poststelle im Stadtteil Richtsberg

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, auf die Deutsche Post AG dahingehend einzuwirken,

- 1. dass im Stadtteil Richtsberg eine ganztägig besetzte Poststelle, die alle postalischen Dienstleistungen (einschließlich Paketdienst) anbietet, eingerichtet wird;**
- 2. dass auch in den zahlreichen anderen Marburger Stadtteilen, in denen es keine ganztägig besetzte Poststelle mehr gibt, Abhilfe geschaffen wird.**

Begründung:

- 1.** Seit Jahren werden im größten Marburger Stadtteil nur eingeschränkte Postdienstleistungen angeboten, und dies jeweils mit knapp bemessener Stundenzahl. Die Einwohner(innen) haben keine Möglichkeit, größere Postsendungen, insbesondere Pakete vor Ort aufzugeben und Überweisungen über die Postbank zu tätigen. Wer bei einer Paketzustellung oder für ein Einschreiben nicht angetroffen wird, muss zur Abholung bis zur Hauptpost in der Bahnhofstraße 6. Dies bedeutet für Nichtmotorisierte – insbesondere Ältere – einen Weg-Aufwand von über einer Stunde. Die Deutsche Post AG wird ihrem Auftrag zur flächendeckenden Versorgung nicht gerecht. Dies bedeutet eine Beeinträchtigung der Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner des Richtsbergs, für deren Abhilfe der Magistrat sich einsetzen sollte.
- 2.** Gleiches gilt aber nicht nur für den Richtsberg, sondern für zahlreiche andere Marburger Stadtteile. Da die dortigen Bewohnerinnen und Bewohner ihre Pakete und sonstigen Sendungen alle in der Marburger Hauptpost abholen

müssen, kommt es in den Nachmittags- und Abendstunden dort zu einer Warteschlange, die sich durch den gesamten Schalterraum zieht. Lange Wartezeiten sind dabei der Normalzustand. Die Post reagiert mittlerweile darauf, indem sie an die Wartenden Tüten mit drei bis vier Gummibärchen und dem Aufdruck „Vielen Dank für Ihre Geduld“ verteilt.

Das zusätzliche Kfz.-Aufkommen für die Wege zur Hauptpost und zurück ist ebenfalls zu bedenken.

Offensichtlich hat die kapitalistische Privatisierung zu einem Versorgungs-Rückschritt geführt. Der Magistrat wird hiermit gebeten mitzuhelfen, dass das wieder anders wird.

Halise Adsan
Georg Fülberth
Astrid Kolter
Birgit Schäfer
Dr. Michael Weber